

Inland

Wahlbeteiligung steigt

Potsdam – Bei der Brandenburger Kommunalwahl zeichnet sich eine höhere Beteiligung ab als bei dem Urnengang vor fünf Jahren. Bis 14 Uhr gaben am Sonntag 27 Prozent der 2,1 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme ab, wie der Landeswahlleiter in Potsdam mitteilte. Das waren zwei Prozentpunkte mehr als zur gleichen Zeit 2003. Damals hatten sich insgesamt nur 45,8 Prozent beteiligt. Um die etwa 7100 Sitze in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bewerben sich fast 22 000 Kandidaten. Die Abstimmungen gelten als Test für die im Herbst 2009 anstehende Landtagswahl. Vor fünf Jahren war die CDU mit landesweit 27,8 Prozent der Stimmen stärkste Kraft vor der SPD geworden, die auf 23,5 Prozent kam. Die damalige PDS erhielt 21,3 Prozent. Mit insgesamt 16,8 Prozent schnitten damals auch freie Wählergruppen gut ab. *AP*

Google unerwünscht

Lübeck – Die Gemeinde Molfsee bei Kiel will laut einem Zeitungsbericht dem Internetkonzern Google Fotoaufnahmen auf den Straßen der Kommune untersagen. Grundlage dafür sei die Straßenverkehrsordnung: Google benötige nach Rechtsauffassung der Gemeinde eine Sondernutzungserlaubnis für die kommerziellen Aufnahmen, berichten die *Lübecker Nachrichten*. Google lässt seit einigen Monaten für den neuen Dienst „Street View“ in Deutschland Straßen, Häuser und Menschen fotografieren. Dem Bericht zufolge prüfen auch Lübeck und weitere schleswig-holsteinische Gemeinden rechtliche Schritte. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hatte bereits Bedenken gegen die Google-Pläne geäußert. *dpa*

Gabriel gegen EU-Pläne

Berlin – Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat sich gegen die Forderung des EU-Umweltausschusses gestellt, die Abgasnormen für Autos schon 2012 zu verschärfen. Hier werde unter der Überschrift des Klimaschutz der Wettbewerb zwischen den europäischen Autobauern ausgefochten, kritisierte er in einem Interview mit dem *Spiegel*. Das Weltklima hänge nicht davon ab, ob die Abgasnormen 2012 oder erst 2015, wie von den Deutschen gefordert, verschärft würden. Außerdem könnten deutsche Hersteller das Ziel bis 2012 kaum erreichen. Deutschland übernehme 75 Prozent der Absenkung des Kohlendioxid-Ausstoßes in Europa. „Das kann dieses Land nur, wenn es wirtschaftlich erfolgreich ist“, sagte Gabriel. *Reuters*

Heikle CO₂-Entsorgung

Berlin – Die Bundesregierung will nach Informationen des *Spiegel* verhindern, dass Kohlendioxid aus deutschen Kohlekraftwerken im Meer entsorgt wird. Es drohen „schwerwiegende Belastungen der Tiefsee-Ökosysteme“, zitiert das Blatt aus einer Kabinettsvorlage. Das Gas im Gestein unterhalb des Meeresbodens zu speichern soll demnach nur unter strengen Bedingungen möglich sein. Die Kapazität der Speicher müsse ausreichen, um einen „entscheidenden Beitrag“ zur Minderung des CO₂-Eintrags in die Atmosphäre zu leisten. Zudem dürften die marinen Ökosysteme nicht stark belastet werden. *dpa*

Neue SPD-Mitglieder

Berlin – Die Rückkehr von Franz Müntefering an die SPD-Spitze bringt der Partei neue Mitglieder. In zahlreichen Landesverbänden stieg die Zahl der Eintritte spürbar an, berichtete die *Welt am Sonntag*. In den meisten Fällen werde der Parteieintritt explizit mit der Rückkehr Münteferings begründet, der am 18. Oktober zum Parteivorsitzenden gewählt werden soll. Offizielle Zahlen der Bundes-SPD gibt es aber noch nicht. Ende Juni hatte die CDU erstmals in der bundesdeutschen Geschichte der SPD den Titel der mitgliederstärksten Partei abgenommen. Mit 530 755 Mitgliedern Ende Juni hatte die CDU 761 Mitglieder mehr als die SPD. Zum Stichtag 31. August sank die Mitgliederzahl bei der SPD dann weiter auf 527 087. *AP*

Attaché ärgert Steinmeier

Hamburg – Wegen der Teilnahme des deutschen Verteidigungsattachés bei einer Militärparade in Teheran hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier den deutschen Botschafter in Iran nach Berlin bestellt. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin bestätigte am Wochenende einen Bericht des *Magazins Spiegel*. Außenminister Steinmeier sei „sehr verärgert“. Der Verteidigungsattaché war zu der Parade in der iranischen Hauptstadt gegangen, obwohl die EU-Botschafter sich darauf verständigt hatten, ihr fernzubleiben. Bei der Veranstaltung sei auch ein Banner mit den Worten „Israel soll aus der Welt getilgt werden“ gezeigt worden. *dpa*

Brennende Autos in Berlin

Berlin – Wieder haben Unbekannte in Berlin mehrere Autos angezündet. Am Sonntagmorgen brannte in Friedrichshagen ein Wagen der Deutschen Bahn, wie die Polizei mitteilte. Die Behörde geht von einer politisch motivierten Tat aus. Ein links-extremistischer Hintergrund sei nicht auszuschließen, sagte ein Sprecher. In Spandau brannten ebenfalls am Sonntagmorgen zwei Autos. Sie wurden durch die Flammen zerstört. In diesen beiden Fällen sind die Hintergründe der Brandstiftungen nach Polizeiangaben bislang unklar. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. *dpa*
S2digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Eine Dienstleistung des SZ-Archivs

Immer mehr Menschen gelten als so gefährlich, dass sie auch nach Verbüßen ihrer Strafe in Haft bleiben müssen

Von Angelika Slavik

Berlin – In der Justizvollzugsanstalt Tegel sitzen die schweren Jungs ganz oben, im fünften Stock der Teilanstalt fünf. Es ist der Bereich für die Sicherungsverwahrten: Für Menschen, die als so gefährlich eingestuft werden, dass man sie nicht entlässt, obwohl sie ihre Haftstrafen abgesessen haben. Hier leben Mörder, Vergewaltiger und Kinderschänder – trotzdem sind vielleicht nicht alle zu Recht hier. 435 Menschen befinden sich derzeit in deutschen Gefängnissen in Sicherungsverwahrung, 34 von ihnen in der JVA Tegel. Seit 2001 haben sich diese Zahlen mehr als verdreifacht – und das liegt nicht daran, dass die Verbrechen brutaler geworden wären. „Für die Gerichte ist es leichter geworden, Sicherungsverwahrung zu verhängen und diesen Spielraum nutzen sie auch aus“, sagt der Strafrechtsexperte Jörg Kinzig von der Universität Tübingen.

In den vergangenen zehn Jahren ist das deutsche Strafrecht mehrfach deutlich verschärft worden. Bis 1998 galt für die Sicherungsverwahrung eine Obergrenze, länger als zehn Jahre nach Verbüßung seiner Haftstrafe konnte man niemanden im Gefängnis festhalten. Diese Beschränkung wurde aufgehoben, zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, auch lange nach Ende des Gerichtsprozesses Sicherungsverwahrung anzuordnen. Seit kurzem können auch Jugendliche am Ende ihrer Haft zu Sicherungsverwahrung verurteilt werden.

Die Entwicklung in Deutschland folgt dem internationalen Trend. In den westlichen Industrieländern wird durchweg wieder härter gestraft, Liberalisierungen im Strafrecht bleiben die Ausnahme. „Das ist die Reaktion einer verunsicherten Gesellschaft“, sagt der Kriminalpsychologe Helmut Kuny. Die Kluft zwischen arm und reich werde größer, viele Menschen hätten Angst vor dem Absturz, es gebe zahlreiche soziale Brennpunkte. „Da fehlt der Gesellschaft die Kraft, sich auch noch um die Resozialisierung der Straftäter zu kümmern“, sagt Kuny. Lieber sperre man sie weg, damit sie nicht noch mehr Probleme verursachen könnten. Dazu kommt, dass die psychologischen Gutachter, die die Gefährlichkeit eines Sicherungsverwahrten beurteilen müssen, mit einer Entlassungsempfehlung ein hohes Risiko eingehen. Eine falsche Einschätzung kann fatale Konsequenzen haben. Bleibt ein Straftäter hingegen zu Unrecht inhaftiert, wird das in den meisten Fällen gar nicht bemerkt.

Diese Konstellation bleibt nicht ohne Folgen: Mindestens die Hälfte aller Sicherungsverwahrten sitzt zu Unrecht im Gefängnis, schätzt Kuny. Möglicherweise sind es auch deutlich mehr: Studien in den USA ergaben, dass nur 15 Prozent der als gefährlich eingestuften Straftäter im Fall ihrer Entlassung tatsächlich rückfällig werden. Der Rest kann sich ohne größere Probleme wieder in die Gesellschaft integrieren. „Das Problem ist, dass niemand mit absoluter Sicherheit voraussagen kann, wer rückfällig wird und wer nicht – und keiner will riskieren, die Ent-



In deutschen Gefängnissen befinden sich derzeit 435 Menschen in Sicherungsverwahrung, 34 von ihnen in der Berliner Justizvollzugsanstalt Tegel. Sie bleiben eingesperrt, obwohl sie ihre Haftstrafen abgesessen haben, Schätzungen zufolge etwa die Hälfte von ihnen zu Unrecht. Eigentlich haben Sicherungsverwahrte im Vergleich zu Häftlingen dem Gesetz nach Anspruch auf privilegierte Behandlung. So wie im Tegeler Knast aber meistens nur auf etwas mehr Beinfreiheit und längere Besuchszeiten. Foto: dpa

lassung eines gefährlichen Menschen zu verantworten“, sagt Kuny, der selbst als Gutachter arbeitet.

Altwerden im Knast

In den Gefängnissen führt der Anstieg der Sicherungsverwahrten indes zu praktischen Problemen. In der JVA Tegel muss der Bereich demnächst zu Lasten regulärer Haftplätze um eine Etage erweitert werden. „Anders könnten wir den Zuwachs nicht bewältigen“, sagt Anstaltsleiter Ralph-Günther Adam. Zudem erreichen einige der Insassen nun ein Alter, in

dem sie besondere Pflege benötigen. „Wir brauchen zusätzliche Mittel für die Gesundheitspflege und für altersgemäße Betreuungsprogramme.“

Auch in jungen Jahren hätten die Sicherungsverwahrten Anspruch auf privilegierte Behandlung: Da sie ihre Strafen ja bereits abgesessen haben, sollten sie innerhalb der JVA so frei und angenehm leben wie möglich – so ist es gesetzlich vorgesehen. In der Realität sieht das oft anders aus. In Tegel unterscheidet die Sicherungsverwahrten von den Häftlingen nur etwas mehr Bewegungsfreiheit und länge-

re Besuchszeiten. Auch wenn nach Jahrzehnten im Gefängnis ohnehin nur wenige regelmäßig besucht werden.

In Berlin erwägt man deshalb, das sogenannte Trennungsgebot abzuschaffen und zwischen Häftlingen und Sicherungsverwahrten keinen Unterschied mehr zu machen. „In unserem Haus läuft ein entsprechender Diskussionsprozess“, sagt Justizstaatssekretär Hasso Lieber (SPD). Eine Idee, die die rechts-politische Sprecherin der Union, Cornelia Seibeld, brüsk zurückweist: „So eine Gleichsetzung wäre grob rechtswidrig.“

Statisten im Kampf der Kulturen

Staatsanwaltschaft prüft Verbindung zweier Somalier zum islamistischen Netzwerk

Von Hans Leyendecker

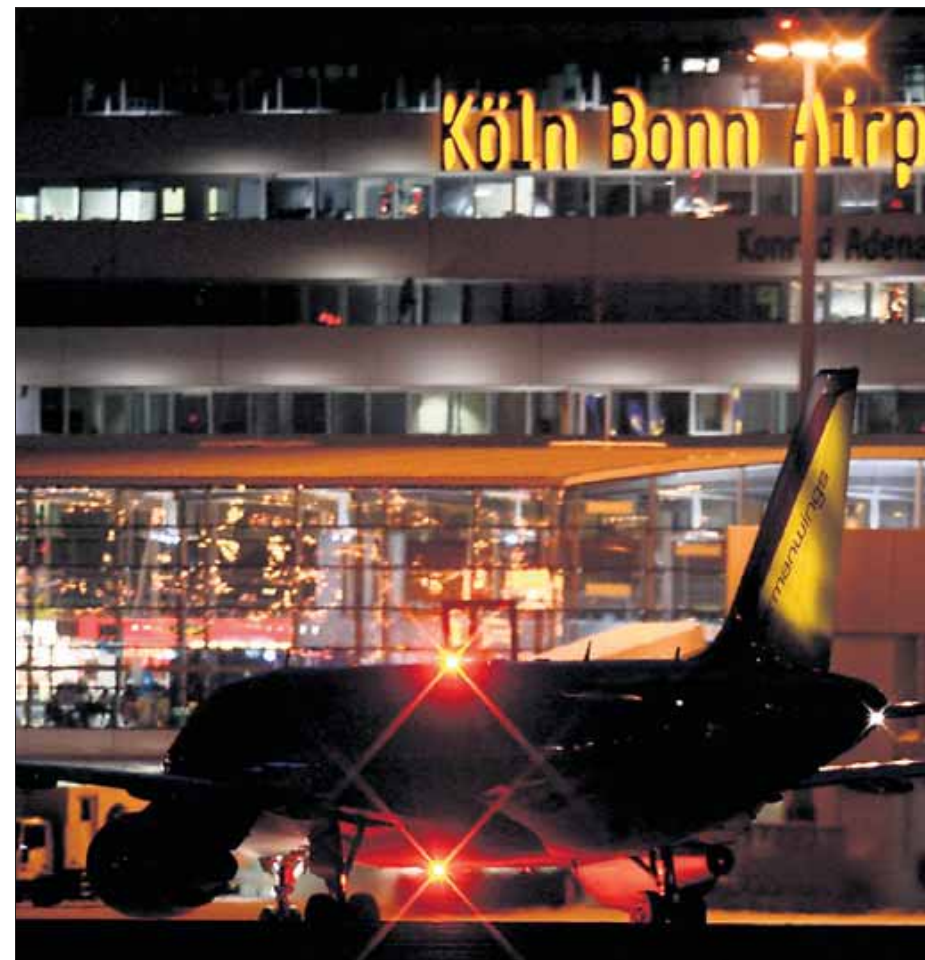
Bonn – Das Amtsgericht Bonn hat am Wochenende auf Antrag der örtlichen Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen die beiden Islamisten erlassen, die am Freitagmorgen an Bord einer KLM-Maschine auf dem Flughafen Köln/Bonn festgenommen worden waren. Die beiden aus Somalia stammenden 23 und 24 Jahre alten Männer, die Verbindungen zu einem großen islamistischen Netzwerk im Rheinland haben sollen, hätten „in naher Zukunft“ Anschläge im Ausland geplant, sagte Oberstaatsanwalt Fred Apostel. Aus einem im Reisegepäck eines der Verdächtigen sichergestellten Brief geht hervor, dass die beiden vermutlich in den „Heiligen Krieg“ ziehen wollten.

Das ermittelnde Düsseldorf Landes-kriminalamt (LKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gehen davon aus, dass die beiden Männer in einem Ausbildungslager im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet geschult werden sollten. „Es gibt Material, das wir aus Sicherheitsgründen nicht vorlegen können“, sagt ein Beamter. Auch amerikanische Nachrichtendienste sollen Erkenntnisse über die rheinische Islamistszene beschafft haben.

Nach bisherigem Stand will die Karlsruher Bundesanwaltschaft das Verfahren nicht an sich ziehen. Die Bonner Staatsanwaltschaft war vor der Festnahme nicht über den Verdacht der Staatsapparat informiert worden. Bei Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der beiden Verdächtigen in Bonn und Rheine am Freitag wurden weder Waffen noch andere gefährliche Gegenstände gefunden. Sicherstellte Laptops und Telefonaten sollen in den nächsten Tagen ausgewertet werden.

Die beiden Männer, die am Freitagmorgen zunächst nach Amsterdam und dann weiter nach Entebbe in Uganda fliegen wollten, sollen sich in den vergangenen Monaten erkennbar radikalisiert haben. Ihre Heimat Somalia ist neben dem Irak und Afghanistan weltweit der derzeit wichtigste Kampffeld für Krieger der al-Qaida. Kurz vor dem Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001 veröffentlichte das terroristische Netzwerk Anfang dieses Monats ein Video mit Bildern von Kämpfen in diesen drei Ländern.

Eine islamistische Internationale will in Somalia eine Art Gottesstaat nach Vorbild der Taliban errichten. Im Sommer 2006 hatten Islamisten bereits die Macht



Auf dem Flughafen Köln-Bonn nahm die Polizei zwei Terrorverdächtige fest, die über Amsterdam nach Entebbe in Uganda fliegen wollten. Foto: dpa

über die Hauptstadt Mogadischu und weite Teile Südsomalias erobert und waren dann von äthiopischen Truppen, die von den USA unterstützt wurden, vertrieben worden. Eine Übergangsregierung wurde eingesetzt. Seitdem führen die Islamisten einen Untergrundkrieg. Bei der Schlacht um das Horn von Afrika kamen allein im vergangenen Jahr 6000 Menschen ums Leben.

Aus Somalia stammende Islamisten wurden nach Feststellungen deutscher Sicherheitsbehörden verstärkt in den vergangenen Monaten für den Dschihad in Ostafrika geworben. Erfolgsleute des im Mai bei einem amerikanischen Luftangriff getöteten somalischen Al-Qaida-Führers Aden Hashi Ayro rekrutierten vor allem Landsleute. Der von Ayro lange Zeit geleitete militärische Rang der islamischen Gerichte, die Schahab, will

demnach die Übergangsregierung in Mogadischu stürzen und die äthiopischen Truppen vertreiben. Die USA, deren Botschaften in Nairobi und Darassalam 1998 von islamistischen Terroristen in die Luft gejagt wurden, wollen verhindern, dass Somalia eine Heimstatt für Terroristen wird.

Ob und wenn ja welche Statistenrolle die beiden auf dem Flughafen Köln/Bonn festgenommenen Islamisten bei diesem Kampf der Kulturen spielen wollten, ist bislang nicht umfassend geklärt. Das Konfliktmuster ähnelt dem im Irak. Sicherheitsexperten betonen, dass Entebbe zu mindestens das erste Ziel der beiden jungen Männer gewesen sei. Die in Somalia stationierten Friedenstruppen der Afrikanischen Union stammen aus Uganda. Sie sind in Schwere Gefechte mit den islamischen Rebellen verwickelt.

Streit über Kuba-Politik

Kanzleramt missbilligt Steinmeiers Treffen in New York

Von Nico Fried

Berlin – Das Kanzleramt hat das Treffen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit seinem kubanischen Kollegen Felipe Pérez Roque am Rande der UN-Vollversammlung in New York missbilligt. Ein entsprechender Bericht des Nachrichtenmagazins *Spiegel* wurde in Regierungskreisen bestätigt. Demnach kam eine Runde führender Beamter im Kanzleramt unter Leitung des außenpolitischen Beraters von Angela Merkel, Christoph Heugens, in einer Beratung zu einem „negativen Votum“ über das Treffen. Dies wurde dem Auswärtigen Amt auch mitgeteilt.

Der Streit um den richtigen Umgang mit Kuba schwelt zwischen Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier schon länger. Fidel Castros Bruder Raúl ist seit Februar 2008 vom Parlament gewählter kubanischer Präsident, nachdem er die Amtsgeschäfte zuvor kommissarisch für seinen erkrankten Bruder geführt hatte. Steinmeier plädiert dafür, erste Reformbemühungen der neuen Regierung ernst zu nehmen und mit einer vorsichtigen Annäherung zu honorieren.

Merkel gab sich in dieser Frage bislang zurückhaltend.

Die Europäische Union hatte im Juni die Aufhebung von Sanktionen gegen Kuba angekündigt und die Aufnahme von Gesprächen über Themen „im beiderseitigen Interesse“ angeboten. So soll EU-Kommissar Louis Michel Ende Oktober nach Kuba reisen, ein Gespräch über die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe zu führen. Entsprechend bezog sich die Kritik des Kanzleramts offenbar auch darauf, dass die EU der geeigneten Akteur für Gespräche sei und Deutschland sich nicht vorzudrängen solle.

Der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich wies die Kritik aus dem Kanzleramt dennoch als „provinziell“ zurück. Nur durch direkte Kontakte könne man auch etwas für die Menschenrechte tun, sagte der Bundestagsabgeordnete am Sonntag in Berlin. Deshalb sei das Treffen von Steinmeier und Roque völlig richtig gewesen. Der außenpolitische Sprecher der Union, Eckart von Klaeden (CDU), kritisierte den Außenminister dagegen. „Steinmeier sollte nicht die verabredete europäische Linie unterlaufen“, sagte von Klaeden dem *Handelsblatt*.

Rigoros gegen den Terror

Justizministerin bringt härtere Gesetze ins Kabinett

Frankfurt – Im Anti-Terror-Kampf will die Bundesregierung erneut Gesetze verschärfen und künftig auch den Aufenthalt in Terrorcamps zur Vorbereitung von Anschlägen unter Strafe stellen. Der entsprechende Gesetzentwurf soll im Oktober das Kabinett beschäftigen, wie Bundesjustizministerin Brigitte Zypries am Wochenende in Berlin sagte. Er sei innerhalb der Bundesregierung und mit Ländern und Verbänden abgestimmt.

„Das Paket umfasst beispielsweise das Bereitstellen von Bombenbauanleitungen im Internet, das Finanzieren von Terroranschlägen, das Beschaffen und Vorhalten von Materialien, mit denen Anschläge begangen werden können, aber auch insbesondere die Ausbildung und das Sich-Ausbilden-Lassen, um eine terroristische Gewalttat zu begehen“, erklärte die SPD-Politikerin. Die Ministerin betonte, damit bleibe man bei der Leitlinie, dass rechtsstaatliche Grundsätze auch bei der Terrorismusabwehr strikt gewahrt werden müssten. Strafrecht sei immer das letzte Mittel, deshalb

können Vorbereitungshandlungen grundsätzlich nur ausnahmsweise strafbar sein. „Hinzu kommen muss die Absicht, diese Fertigkeiten zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu nutzen“, sagte Zypries.

„Allerdings kann – entgegen anderslautender Behauptungen von Unionspolitikern – der Aufenthalt in einem Terrorcamp schon ausreichen, um einen Anfangsverdacht für strafrechtliche Ermittlungen zu begründen“, betonte Zypries. Der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl hatte Zypries eine Blockadehaltung vorgeworfen. Der stellvertretende Unionsfraktionschef Wolfgang Bosbach hatte mangelnde Praxistauglichkeit des Verfahrens bemängelt. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) warnte vor übertriebener Terrorangst. „Wir stehen im Fokus des internationalen Terrorismus, doch niemand muss sich nun mehr Sorgen machen, denn unsere Sicherheitsbehörden sind wachsam“, sagte Schäuble der *B.Z. am Sonntag*. Dennoch sei die Sicherheitslage ernst. *AP*